31. Januar 2025

Ein denkwürdiger Tag. Eine denkwürdige Woche.

PROLOG

Ich wollte mir am Freitag die mit Spannung erwartete Debatte im Deutschen Bundestag, in der es um die Verabschiedung eines vom derzeitigen CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz eingebrachten Entwurfs des so genannten *Gesetzes zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland* ging („Zustrombegrenzungsgesetz“), zuhause vor dem Fernseher anschauen. Die Aussprache war ursprünglich für 11.00 Uhr angesetzt. Wenige Minuten vor Beginn bat der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei (ehemaliger Oberbürgermeister meines Geburtsortes Donaueschingen☺☺), die amtierende Bundestagspräsidentin, Bärbel Bas, um eine Unterbrechung der Sitzung für ca. 30 Minuten. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Ich war darüber einigermaßen verwundert und fragte mich: Warum eigentlich? Nun, die einzelnen Fraktionen wollten sich zur Beratung zurückziehen. Und das fällt ihnen **in dem Augenblick** ein! Es bestand seitens der CDU und FDP offenbar ein plötzlich und dringend notwendig gewordener interfraktioneller Redebedarf (außer mit dem BSW, der Linkspartei und natürlich – klar – der AfD). Eine leichte Enttäuschung machte sich bei mir breit. Was soll's? Eine halbe Stunde Verzögerung – es gibt Schlimmeres.

Kurz und gut: aus den anvisierten 30 Minuten wurden sage und schreibe über drei Stunden! Ich war ziemlich angefressen, zumal die konkreten Zeitangaben hinsichtlich einer Wiederaufnahme der Debatte immer wieder nach hinten verschoben wurden. Das nervt gewaltig!

Der Vorgang betrifft – oberflächlich betrachtet – „nur“ die Geschäftsordnung. Er ist aber meines Erachtens symptomatisch für so manches, was sich derzeit in der Politik abspielt. Handelt es sich bei diesem Vorgang nicht um einen stümperhaften, d.h. handwerklich schlecht vorbereiteten Aktionismus? (Ich bezeichne ihn bewusst so, weil sich im Nachhinein herausstellte, dass man in der Sache, um die es im Kern ging bzw. gehen sollte, keinen Schritt weiter kam – im Gegenteil). Warum werden allem Anschein nach notwendig gewordene Gespräche nicht im Vorfeld geführt? (die natürlich deshalb notwendig wurden, weil am vergangenen Mittwoch mit den Stimmen der AfD zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein CDU-Antrag angenommen wurde – und sich der „skandalöse Vorgang“ auf gar keinen Fall wiederholen durfte). Der selbst-inszenierte Zeitdruck, *sich während einer laufenden Bundestagsdebatte zu einigen*, ist doch viel zu groß. Zumal abzusehen war, dass die Bereitschaft und der Wille zur Einigung (verständlicherweise) fehlen. Es herrscht schließlich Wahl-Kampf! Es wäre seitens der SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Eingeständnis eigener Führungsschwäche gewesen, wenn sie sich dem „Diktat“ des Oppositionsführers gebeugt hätten.

Ich persönlich halte diesen Vorgang für einen Affront, geradezu eine Missachtung der Zuhörerschaft vor Ort im Bundestag sowie an den Fernsehgeräten. Ich empfand es jedenfalls so. Nach dem Motto: Jetzt kriegen sie nicht mal mehr das auf die Reihe!

Wäre ein solches Prozedere in einem führenden Wirtschaftsunternehmen kurz vor Beginn einer seit längerem anberaumten Vorstandssitzung mit potenziellen Anteilseignern ebenso denkbar? Wohl kaum. Man würde an der Kompetenz der Verantwortlichen zweifeln. Und das zurecht.

Kurz nach 14.00 Uhr eröffnete die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Katrin Göring-Eckardt, die Debatte mit dem Hinweis und der Bitte, diese möge doch mit „Anstand und Respekt“ geführt werden. Um es vorweg zu nehmen: das Gegenteil war der Fall! Auf die mahnenden Worte einer Vizepräsidentin hört auch keiner mehr – schade! Es liegt hoffentlich nicht daran, dass sie eine Frau ist!

Eine Kommentar im Internet lautete: *Hoffentlich hat das kein Wähler gesehen*. Ich würde sagen: Hoffentlich haben das möglichst viele Wähler und Wählerinnen gesehen!

ZUR SACHE

Um was geht es eigentlich? Was ist der zentrale Punkt? Vordergründig ging es im Bundestag zunächst einmal um die Verschärfung des Asylrechts, die sich laut Umfragen eine Mehrheit der Deutschen wünscht. Das Thema erwies sich jedoch im weiteren Verlauf als zweitrangig. Es drehte sich in erster Linie um das Abstimmungsverhalten der AfD. Diese beabsichtigte, gemeinsam mit der Union, für die vorgelegten Anträge zu stimmen, was sie am Mittwoch auch tat, so dass eine Mehrheit für den Fünf-Punkte-Migrationsplan der CDU/CSU zustande kam. Merz nahm diese Option von Anfang an „sehenden Auges billigend in Kauf“. Obwohl er noch im November 2024 vehement versicherte: *„Wir setzen nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben“*, damit keine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit *„mit denen da von der AfD“* zustande kommt. Die ehemaligen Ampelparteien sehen darin einen „Wortbruch“. Wer will es ihnen verdenken!

Das zentrale Anliegen der demokratischen Parteien kann in meinen Augen doch nur darin bestehen, *den Stimmenzuwachs der AfD einzudämmen*. Das hierfür geeignete Mittel in Gestalt eines sich ständig wiederholenden Mantras lautet: **Die demokratische Mitte stärken**. So oder in ähnlicher Weise hat sich das wohl auch Friedrich Merz vorgestellt.

Warum bringt er ausgerechnet jetzt diesen Antrag ins Parlament ein? Wenige Wochen vor der anstehenden Bundestagswahl. Im Grunde genommen ohne Not.

Merz sieht in dem schrecklichen Attentat von Aschaffenburg, bei dem ein zweijähriges Kind und ein einundvierzigjähriger Mann durch den brutalen Messerangriff eines achtundzwanzigjährigen Afghanen ums Leben kamen, den Augenblick gekommen, in welchem der berühmte Tropfen das Fass endgültig zum Überlaufen brachte. Er sieht **jetzt** Handlungsbedarf. Er will nicht warten bis nach der Wahl. Getreu dem Motto: *„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich nun endlich Taten sehen.“*

Folgende Anmerkungen dazu: Die Art und Weise, in der er im Vorfeld agierte, halte ich für unklug und kontraproduktiv (ich stehe da nicht alleine). Markige Sätze wie *„ich schaue nicht nach links, ich schaue nicht nach rechts, sondern geradeaus“* mögen bei einem Teil der Wählerschaft unter Umständen gut ankommen, sind aber meiner Ansicht nach nicht unbedingt zielführend. Ihm ist es nach eigenem Bekunden außerdem völlig egal, ob die AfD seinem Antrag zustimmt oder nicht, weil er sein Anliegen in der Sache für richtig hält. Darüber

kann man sicherlich diskutieren. Sein rigoreses „all-in“ Gehen, was so viel bedeutet wie: alles auf eine Karte setzen, Augen zu und durch, kommt allerdings bei seinen potenziellen Koalitionspartnern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als „friss oder stirb“ bzw. „friss **und** stirb“ an. Sie fühlen sich hintergangen und erpresst; Merz sehen sie als einen „Wortbrüchigen“.

Frage: Glaubt der Kanzlerkandidat der CDU allen Ernstes, dass die zwei ehemaligen Ampelparteien *unter diesen Umständen* seinem Vorschlag zustimmen, zumal es als ziemlich sicher gilt, dass der Gesetzesvorschlag vom Freitag im Bundesrat sowieso scheitern wird. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (CDU) sowie der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther (CDU) haben bereits signalisiert, dem Gesetzentwurf die nötige Zustimmung zu verweigern. Es zeigt sich an der Stelle Widerstand aus den eigenen Reihen. Handelt es sich bei dem Ganzen um eine Nebelkerze? Steckt nicht doch ein anderes Kalkül dahinter?

An anderer Stelle betont Merz: Unabhängig davon, ob der Antrag Zustimmung findet oder nicht (mit oder ohne Stimmen der AfD) erhält der Wähler die Möglichkeit, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wie eine zukünftige Asylpolitik unter seiner Führung (eine Verschärfung derselben nämlich) – im Gegensatz zu Teilen der Ampelregierung – aussehen wird. Es soll den Bürgern und Bürgerinnen die Wahlentscheidung erleichtern – selbstverständlich zu seinen Gunsten.

Das Problem ist nur: Zwölf Abgeordnete seiner eigenen Partei haben ihm die Gefolgschaft verweigert. Alice Weidel, Kanzlerkandidatin der AfD, nutzte daraufhin die Gelegenheit, sich über Friedrich Merz lustig zu machen. Er sei als Kanzler, sogar als Kanzlerkandidat, ungeeignet, da er nicht einmal seinen eigenen Laden im Griff habe („vom Tiger zum Bettvorleger“). Gegenwind erhielt er zudem von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hält sein Vorpreschen für „falsch“. Zwei weitere Personen ziehen ihre Konsequenzen: Der Holocaust-Überlebende Albrecht Weinberg beabsichtigt sein Bundesverdienstkreuz zurückzugeben. Michel Friedmann tritt nach 40 Jahren CDU-Mitgliedschaft aus der Partei aus. Hat sich Friedrich Merz verzockt oder geht die Rechnung im Endeffekt auf? Die nächsten Tage und Wochen werden es zeigen. Spätestens dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihr Kreuz auf dem Wahlzettel gemacht haben.

Die entscheidende Frage ist die: Wie soll es eigentlich **nach der Wahl** weitergehen? Hat darüber schon einer unserer Politiker ernsthaft nachgedacht? Oder sind sie nach dem Wahltag am 24. Februar genau so überrascht, wie vor kurzem die Kollegen aus dem Nachbarland Österreich? Friedrich Merz ist ja, falls er Kanzler werden sollte, und davon ist im Augenblick auszugehen, auf Koalitionspartner angewiesen.

Merz schließt (bislang) eine Koalition mit der **AfD** kategorisch aus. Er lässt sich auf gar keinen Fall mit den AfD-Stimmen zum Kanzler wählen.

Eine Zusammenarbeit mit der **Linkspartei** wird es nach eigenem Bekunden auch nicht geben (falls sie es in das Parlament schaffen sollte, wobei die neusten Umfragen gar nicht so schlecht aussehen).

Bei der **FDP** und dem Pendant zur AfD, dem **BSW**, ist es nach bisherigem Stand ebenfalls sehr fraglich, ob sie überhaupt die 5-Prozent-Hürde nehmen.

Falls den Liberalen der Sprung in den neuen Bundestag gelingen sollte, gehen sie, laut Christian Lindner, keine Koalition mehr mit Bündnis 90/Die Grünen ein.

Es bleiben demnach **SPD** und **Bündnis 90/Die Grünen** übrig. Bayerns amtierender Ministerpräsident Markus Söder von der CSU will absolut nichts mit den Grünen zu tun haben (Der Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck, muss bekanntlich seit geraumer Zeit als 'personifiziertes Feindbild' herhalten). Söder bekräftigte erneut seine Einstellung auf dem in Nürnberg stattfindenden CSU-Parteitag: „*Ich weiß nicht, ob mit der SPD da viel geht, aber eines weiß ich: Die Grünen werden kein Partner sein, wenn es um eine wirksame und nachhaltige Begrenzung der Migration geht.*“ Bleibt die SPD. Der amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz konstatiert aufgrund der letzten Woche einen unverzeihlichen „Tabubruch“; er spricht öffentlich von „Wortbruch“ und sieht in Merz einen Politiker, „dem er nicht mehr vertrauen kann“. Na toll! Das sind ja schöne Aussichten! Allerdings steht jetzt schon fest, dass Olaf Scholz, sobald sein Mitbewerber Friedrich Merz das Kanzleramt übernimmt, er selbst unmittelbar danach in der politischen Versenkung verschwindet. Dann müssen es halt seine Nachfolger richten!

Meine ganz persönliche Meinung:

Was wir diese Woche im Parlament, dem vielgepriesenen „Herzstück der Demokratie“, erleben mussten, lässt sich kaum in Worte fassen und hat mit einer lebendig-schwungvollen Debattenkultur rein gar nichts zu tun. So kann und darf man im „Hohen Hause“ – und das vor aller Öffentlichkeit – nicht miteinander umgehen. Oder stößt die *Verrohung der Sprache* mittlerweile auf eine weit verbreitete Akzeptanz innerhalb unserer Gesellschaft? Wo bleibt die Bereitschaft, dem anderen einfach mal zuzuhören? Sollten Politiker nicht ansatzweise ihrer „Vorbildfunktion“ gerecht werden? Die Art und Weise, wie debattiert wurde, kann nur eine Kraft stärken – nämlich die Alternative für Deutschland. Die braucht sich ja nur zurückzulehnen und in aller Ruhe zuzuschauen, wie sich die zivilisierte „demokratische Mitte“ zerlegt. Der viel beschworene *Konsens der Demokraten* ist doch eine Farce, eine Fiktion, die mit Füßen getreten wird. Dass solch ein unwürdiges Schauspiel mit zur ständig wachsenden „Politikverdrossenheit“ beiträgt, ist nicht verwunderlich. Es kann doch wirklich niemanden ernsthaft überraschen, wenn die „Rechtspopulisten“ aufgrund eines solchen „Affentheaters“ mehr und mehr Zulauf erhalten.

Einige Beispiele:

Thorsten Frei wirft der Außenministerin Annalena Baerbock „Lügengeschichten“ vor. Diese reagiert emotional und meinte sinngemäß, dass Kinder im Kindergarten das Wort „Lüge“ dann benutzen, wenn sie nicht mehr weiter wissen.

Christian Lindner von der FDP meinte an anderer Stelle, dass er eine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen in einer zukünftigen Regierung kategorisch ausschließe. Das klingt zwar klar und eindeutig, ist in der Sache aber Quatsch. In dem Fall müsste man halt Herrn Lindner durch Herrn Dürr ersetzen, der sich an besagtem Freitag redlich bemühte, einen für alle Seiten tragfähigen Kompromiss zu erzielen. Warum hat man eigentlich seinen Vorschlag, den Gesetzentwurf in die Ausschüsse zurück zu überweisen, abgelehnt – nach über 3-stündiger Verhandlung? Zumal, was die FDP anbelangt, offenbar die Bereitschaft bestand, verschiedene Ergänzungen, die sowohl von der SPD als auch von Bündnis 90/Die Grünen als wichtig erachtet wurden, mit in den dann tatsächlich gemeinsamen Antrag aufzunehmen. Merz wollte das wohl nicht (Gesichtsverlust).

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich meinte: „*Der Sündenfall* (gemeint ist der „Tabubruch“ vom Mittwoch) *wird sie für immer begleiten.*“ Und weiter: „*Das Tor zur Hölle können wir noch gemeinsam schließen.* Sie müssen die Brandmauer wieder hochziehen.*“ Die „martialisch-biblische Wortwahl“ erscheint mir nun doch um ein Vielfaches überzogen, um es mal gelinde auszudrücken.

Noch kurz eine Bemerkung zur Brandmauer; vielleicht kann mir das ja jemand erklären. Wenn die AfD eine rechts-populistische Nazi-Partei ist, welche die Demokratie (und die CDU – O-Ton Friedrich Merz) zerstören will, warum ist sie dann überhaupt für die Wahl zum Deutschen Bundestag zugelassen? Werden nicht ausschließlich Parteien zugelassen, die sich auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bewegen? Hängt die Zulassung in erster Linie vom Inhalt des Wahlprogramms ab (dem man durchaus einen demokratischen Anstrich geben kann – die Verfasser sind schließlich nicht blöd) und weniger von einzelnen Personen, die sich rassistisch, antisemitisch etc. äußern? Ich denke da unter anderem an einen gewissen Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.

SCHLUSS

Was ist zu tun? Welche Handlungsoptionen hat jeder einzelne von uns? Grundsätzlich einmal: Wählen gehen. Weitere denkbaren Schritte: sich informieren, welche Partei am ehesten meinen politischen Vorstellungen entspricht und diese auch gewillt ist, in die Tat umzusetzen. Ich kann mich beispielsweise erkundigen, welche Versprechungen in der letzten Legislaturperiode gemacht und welche davon eingehalten wurden. Das herauszufinden ist zugegebenermaßen nicht ganz einfach. Was kann man noch machen? Ich kann bei öffentlichen Demonstrationen teilnehmen, die sich vorrangig gegen die rechtspopulistische AfD richten. Dagegen ist absolut nichts einzuwenden und es passiert ja auch. Ich habe aufgrund der aktuellen Entwicklung nunmehr eine weitere Wahl: Ich kann jetzt zusätzlich noch gegen Friedrich Merz und seine CDU demonstrieren. Auch bleibt es mir unbenommen, mich einer bestimmten Partei anzuschließen (wenn ich die „richtige“ gefunden habe) und aktiv politisch tätig zu werden. Soweit – so gut.

Ich bin davon überzeugt: **Will man die so genannten „politischen Ränder“ schwächen, muss man die „demokratische Mitte“ stärken.** Dazu gehört unabdingbar: Es muss eine Mitte (ein Zentrum) geben, aus der heraus gehandelt wird. Das muss (politisch) gewollt werden und zwar bewusst! Handelt ein permanent getriebener Politiker aus seiner Mitte? Nein, er agiert aus der „Peripherie“.

Grundvoraussetzung ist meiner Ansicht nach: Eine Mindestmaß an Dialog**bereitschaft** und Dialog**fähigkeit**. Der vielbeschworene respektvolle Umgang miteinander. Zuhören können, aussprechen lassen, versuchen zu verstehen, Kompromisse eingehen. **Darauf wird es nach der Wahl in erster Linie ankommen.** Der „Wille zur Macht“ reicht nicht. Es muss ein gangbarer Weg zur praktischen Umsetzung des Machtwillens gefunden werden, der dem Wählervotum entspricht. Dies gilt insbesondere auch auf europäischer Ebene. Um den komplexen Herausforderungen von außen wirksam zu begegnen, ist es wichtig, dass Europa möglichst

* Man könnte ja umgekehrt versuchen, das Tor zum Himmel wieder zu öffnen

„mit einer Stimme“ spricht und sich nicht auseinanderdividieren lässt. Solange die o.g. Kriterien im politischen Betrieb keine Berücksichtigung finden, kann man den Rest „in der Pfeife rauchen“ oder auch „in die Tonne treten“.

Übrigens: „Die Mitte stärken“ betrifft jeden von uns! Darin sehe ich die eigentliche und vorrangige Aufgabe für die Gegenwart und Zukunft!

*„Wir alle müssen in der Migrationsfrage zeigen, dass wir **gemeinsam** zu wirksamen Lösungen kommen, die dem Ernst der Lage gerecht werden“,* erklärte der Baden-Württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen). Weiter: *„Nun gilt es, Brücken zu bauen, statt weiter Gräben auszuheben.“*
Ein wahres Wort zur rechten Zeit!

*Lasst uns mehr Dialogbereitschaft wagen **

AB

* In Anlehnung an den berühmten Ausspruch von Willy Brandt (in seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969)

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“